

## Aussagen zur Schul- und Bildungspolitik bzw. zur Landes- und Berufspolitik

				CDU/CSU		SPD		FDP		B90/Grüne		Die Linke		AfD			
Wir setzen uns ein für .../Wir sind für ...				ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein		
<b>1.</b>	<b>Schulstruktur – Schulformen/-arten</b>					siehe Wahlprogramm											
<b>1.1</b>	<b>Erhalt der Förderschulen/-zentren</b>			X				X			X		X		X		
<b>1.2</b>	<b>Grundschule</b>			X				X		X		X		X		X	
1.2.1	vierjährig			X				X		X		X		X		X	
1.2.2	sechsjährig				X				X	X		X			X		X
<b>1.3</b>	<b>Weiterführende Schulformen/-arten (nach der Grundschule)</b>																
1.3.1	Hauptschule/Mittelschule			X				X			X		X		X		
1.3.2	Realschule			X				X			X		X		X		
1.3.3	Gymnasium			X				X		X		X		X		X	
1.3.4	Gemeinschaftsschule				X			X		X		X					X
1.3.5	Sonstiges			1.						4.						11.	
<b>2.</b>	<b>Abschlüsse</b>					siehe Wahlprogramm											
<b>2.1</b>	<b>Formen</b>	<b>FALLS JA DANN</b>	<b>Abschlussprüfung</b>	<b>ja</b>	<b>nein</b>			HS X			X		X		HS X		
2.1.1	Hauptschulabschluss			HS				RS X			X		X		RS X		
2.1.2	Realschulabschluss			RS				Abi X		Abi X	X	Abi X	X	Abi X	X	Abi X	
2.1.3	Abitur			Abi							X				X		
<b>2.2</b>	<b>Abschlussprüfung?</b>			X							X 5.				X	X	
2.2.1	Wenn ja, zentral (= bundeseinheitlich) gestellte Aufgaben?				X			X							X	X	
2.2.2	Wenn ja, bundeseinheitliche Bewertung?			X				6.									
2.3	Sonstiges					siehe Wahlprogramm											
<b>3.</b>	<b>Inklusion</b>							X		X		X				X	
3.1	Voll inklusives Schulsystem ohne Förderschulen/-zentren				X			X			X		X		X		
3.2	Inklusives Schulsystem mit Förderschulen/-zentren			X				X		X		X		X			
3.3	Besondere Formen, welche?																
<b>4.</b>	<b>Berufs- und Landespolitik</b>					siehe Wahlprogramm											
<b>4.1</b>	<b>Lehrerbildung/Status</b>							X			X		X		X		
4.1.1	nach Schularten			X				X			X		X		X		
	nach Schularten, auch mit Realschullehrerausbildung			X						X		X		X		X	
4.1.2	Stufenlehrer				X				X	X		X				X	
	Stufenlehrer mit gleicher Besoldung				X				X	X		X				X	
<b>4.2</b>	<b>Beschäftigungsverhältnis</b>							X		X		X				X	
4.2.1	Lehrkräfte grundsätzlich im Angestelltenverhältnis				X		X		X		X			X			
4.2.2	Lehrkräfte grundsätzlich im Beamtenstatus			X			X		X 7.		X		X	X			

## Analyse des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017– VDR-Analyse

		CDU/CSU		SPD		FDP		B90/Grüne		Die Linke		AfD		
Wir setzen uns ein für .../Wir sind für ...		ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	
<b>5.</b>	<b>Ganztagsschule</b>			siehe Wahlprogramm										
5.1	flächendeckend und bedarfsgerecht	X					X		X		X			
5.2	verpflichtend für alle		X			X		X		X		X		X
5.3	Sonstiges	2.					8.							
<b>6.</b>	<b>Kooperationsverbot</b>			siehe Wahlprogramm										
6.1	völlige Aufhebung des Kooperationsverbots		X			X		X		X			X	
6.2	teilweise Aufhebung des Kooperationsverbots (im Schulbereich)		X			X		X		X			X	
6.3	Beibehaltung des Kooperationsverbots	X				X		X		X		X		
<b>7.</b>	<b>Bedeutung der beruflichen Bildung</b>			siehe Wahlprogramm			9.							
7.1	Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung	X				X		X		X		X		
7.2	für berufliche Bildung , gegen Fachkräftemangel und Akademikerüberschuss	X				X		X		X		X		
7.3	Sonstiges	3.					10.						12.	

### Anmerkungen der Parteien unter „Sonstiges“ sowie VDR-Anmerkungen:

#### CDU/CSU

CDU und CSU bekennen sich zu unserer verfassungsmäßigen Ordnung, wonach die Bundesländer für die Schulen und Hochschulen zuständig sind. Dessen ungeachtet tragen Bund, Länder und Kommunen – entsprechend ihren eigenen prioritären Aufgaben – gemeinsam Verantwortung für unser Bildungs- und Wissenschaftssystem. Dazu gehört es, in ganz Deutschland ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungswesen zu gewährleisten, das allen gute Bildung von Anfang an und ein Leben lang ermöglicht – unabhängig von der Herkunft. Ein Kooperationsverbot kennt unser Grundgesetz nicht. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall, wie zahlreiche Bund-Länder-Vereinbarungen (Hochschulpakt, Qualitätspakt Lehre, Exzellenzstrategie, die „Innovativen Hochschulen“ und das Tenure Track-Programm) belegen. Darüber hinaus können die Kultusminister untereinander Staatsverträge schließen, beispielsweise um Bildungsstandards festzuschreiben und so vergleichbare Schulabschlüsse bundesweit sicherzustellen.

Was haben CDU und CSU im Bildungsbereich in den nächsten vier Jahren vor?

- Durch einen neuen Rechtsanspruch auf eine bedarfsgerechte Betreuung im Grundschulalter schaffen wir eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass dieser wichtige Bildungsabschnitt für möglichst viele Kinder erfolgreich verläuft – auch für diejenigen aus bildungsferneren Schichten.
- Wir haben einen Sonderfonds von insgesamt 7 Milliarden Euro eingerichtet, aus dem die Schulen in finanzschwachen Kommunen in den nächsten Jahren saniert werden können.
- Wir setzen uns für die Durchlässigkeit zwischen Schultypen und Ausbildungswegen ein. Wir wollen die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler ebenso wie die leistungsstarken zielgerichtet fördern. Wir wollen das Gymnasium als eigenständige Schulform erhalten.
- Wir werden mit einem Digitalpakt dafür sorgen, dass unsere allgemeinbildenden und beruflichen Schulen über die erforderliche Ausstattung verfügen, um ausreichend junge Menschen auf ihr Berufsleben im digitalen Zeitalter vorzubereiten.
- Wir werden die Länder dabei unterstützen, durch Weiterbildung von ausreichend Lehrerinnen und Lehrern die digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler möglichst umfassend zu fördern.
- Wir werden die berufliche Bildung weiter stärken und hierfür gemeinsam mit Ländern, Kammern und Sozialpartnern das Modell der „Höheren Berufsbildung“ etablieren. Das heißt: Mehr und neue Aufstiegschancen für dual Ausgebildete. Damit eröffnen wir aufstiegsorientierten Menschen ohne Abitur und Studium neue attraktive Karriereperspektiven.
- Zusätzliche Beratung, passgenaue Unterstützungsangebote sowie Qualifizierung werden die Attraktivität der beruflichen Bildung steigern und für mehr Abschlüsse sorgen.
- Darüber hinaus werden wir in einem ständigen Dialog mit den Ländern gemeinsame bildungspolitische Herausforderungen definieren und deren Umsetzung vorantreiben. Dazu gehört bspw. die weitere Senkung der Schulabbrecherquote.
- Wir werden die 2015 von Bund und Ländern ausgerufenen Dekade der Alphabetisierung ausbauen und damit unseren Beitrag zur Verbesserung der Lese- und Schreibfähigkeiten von Erwachsenen in Deutschland leisten. Davon profitieren auch viele Menschen mit Migrationsgeschichte, die ihre Sprachkenntnisse verbessern wollen.
- Wir legen eine „Nationale Weiterbildungsstrategie“ auf, die wir gemeinsam mit Arbeitgeberinnen, Gewerkschaften und zuständigen Stellen erarbeiten.

1. zu 1.3.5: „Die Zuständigkeit für die Schulpolitik fällt in die ureigene Zuständigkeit der Bundesländer. Diese verfassungsmäßige Kompetenzverteilung erkennen CDU und CSU ausdrücklich an. Der Föderalismus im Bildungsbereich ermöglicht Vielfalt und Wettbewerb auch um die effizienteste Schulstruktur. In Sachsen führt dies bspw. zu einer zweigliedrigen Schulstruktur mit Oberschule und Gymnasium, während NRW mit Gesamtschule und Sekundarschule zusätzliche Schulformen neben Gymnasium, Realschule und Hauptschule kennt. Die Entscheidung über die jeweilige Schulstruktur liegt allein bei den Bundesländern.“

## Analyse des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017– VDR-Analyse

2. zu 5.3: „Wir werden in der kommenden Wahlperiode einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen: So wird Betreuung auch in dieser wichtigen Lebensphase sichergestellt. Dabei werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen und die Vielfalt der bestehenden Betreuungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel Kinderhorte, erhalten. Durch den neuen Rechtsanspruch helfen wir jungen Familien, Arbeit und Familie besser miteinander zu verbinden.“

3. zu 7.3: „CDU und CSU werden die berufliche Bildung weiter stärken und hierfür gemeinsam mit Ländern, Kammern und Sozialpartnern das Modell der „Höheren Berufsbildung“ etablieren. Das heißt: Mehr und neue Aufstiegschancen für dual Ausgebildete. Damit eröffnen wir aufstiegsorientierten Menschen ohne Abitur und Studium neue attraktive Karriereperspektiven. Außerdem wollen wir mit zusätzlichen Beratungs- und passgenauen Unterstützungsangeboten sowie Qualifizierungsmaßnahmen die Attraktivität der beruflichen Bildung steigern und für mehr Abschlüsse sorgen.“

### SPD

Erläuterung:

Die vereinfachte Darstellung politischer Positionen in tabellarischen Übersichten ist meist ungenau und macht die notwendige Differenzierung und Erläuterung bei einzelnen Themen nicht möglich. Darüber hinaus zielen viele Ihrer Fragen auf Themen, für die die Zuständigkeit bei den Ländern liegt und bei denen wir diese Zuständigkeit aus guten Gründen nicht antasten wollen. Wir erlauben uns deshalb, in kurzen Statements zu den einzelnen Themenbereichen zu antworten und bitten hierfür um Verständnis.

1. und 2. Bildung allgemein (Schulstrukturen und Abschlüsse):

Alle Kinder in unserem Land verdienen die gleichen Chancen auf gute Bildung! Bei uns entscheidet jedoch zu oft der Geldbeutel der Eltern, die Herkunft oder der Ort, wo Kinder wohnen, über ihre Zukunft. Das werden wir ändern! Alle Talente sollen bestmöglich gefördert werden. Der Schlüssel dazu ist gebührenfreie Bildung. Das wollen wir überall durchsetzen. Und wir werden in unsere Schulen und Hochschulen investieren: in die Gebäude und in moderne Ausstattung. Wir werden dafür sorgen, dass genügend gute Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Für Eltern, Kinder und Lehrkräfte soll Schule kein Stress mehr bedeuten. Mit guten Ganztagschulen sorgen wir dafür, dass Lernen wieder mehr Spaß macht und dass es Eltern leichter fällt, Familie und Beruf besser zusammenzubekommen. Damit der Bund bei diesen Dingen helfen kann, wollen wir das sogenannte Kooperationsverbot endlich abschaffen. Da müssen wir hin. Wir wollen, dass Deutschland weltweit das Land mit der besten Bildung ist.

3. Inklusion

Das inklusive Leben muss von Anfang an gelernt werden und erlebbar sein; von der Kita über die Grundschulen und weiterführenden Schulen bis zu weiteren Bildungseinrichtungen. Wir unterstützen inklusive Bildung entlang der gesamten Bildungsbiographie. Insbesondere auch dadurch, dass wir die notwendigen räumlichen, technischen und personellen Ressourcen verbessern.

4. Lehrerinnen und Lehrer

Um die Qualität des Unterrichts zu verbessern, wollen wir den Austausch von guten Konzepten fördern und dies durch begleitende Bildungsforschung unterstützen. Schule braucht gutes Lern- und Lehrmaterial, das die Lebensrealität und die Vielfalt von Lebensmodellen altersgerecht abbildet. Neue Erkenntnisse über erfolgreiche Lern- und Unterrichtskonzepte müssen für Schulen schneller nutzbar gemacht werden. Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte wollen wir entsprechend weiterentwickeln, denn Lehrerinnen und Lehrer müssen sich immer wieder auf neue Herausforderungen einstellen – auf die kulturelle Vielfalt und die Vielfalt von Lebensmodellen an ihrer Schule, auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, auf ganztägigen Unterricht oder auf neue Entwicklungen in der digitalen Bildung. Die „Qualitätssoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

5. Ganztagschule

Wir werden gemeinsam mit den Ländern den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote vorantreiben. Unser Ziel: ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung. In einem ersten Schritt werden wir das in den nächsten vier Jahren für Grundschulen durchsetzen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen. Denn Schulen mit Ganztagsangeboten, die über den Unterricht hinausgehen, brauchen multiprofessionelle Teams. Gute Ganztagschulen müssen sich zudem gegenüber Partnern außerhalb der Schule öffnen und Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der Angebote beteiligen. Schule ist Ort der Bildung, der Wertevermittlung und Lernort für lebendige Demokratie. Ehrenamtliches Engagement der Schülerinnen und Schüler werden wir fördern. Auch an Ganztagschulen brauchen Jugendliche zeitliche Freiräume.

6. Kooperationsverbot

Egal wo gelernt wird: Schulen müssen strahlen – die Gebäude, aber auch ihre Ausstattung. Und wir brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb wollen wir in einer „Nationalen Bildungsallianz“ alle Kräfte bündeln. Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen! Mit einem neuen Grundgesetzartikel 104c brechen wir in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot auf. Der Bund soll in finanzschwachen

### FPD

4. zu 1.3.5: „Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft, Erhalt der Vielfalt des schulischen Angebots, eigenverantwortliche Schule: eigene Entscheidungsbefugnisse bezüglich Personal, Budget, Organisation und Profil“

5. zu 2.2.1 und 2.2.2: „Wir Freie Demokraten wollen einheitliche Bildungsstandards in Deutschland. Insbesondere Schulabschlüsse müssen über einheitlich gestellte Abschlussprüfungen vergleichbarer werden. Darunter verstehen wir jedoch nicht etwa ein bundesweites Zentralabitur, sondern vergleichbare zentrale Prüfungen in den Ländern mit a) bundesweit vergleichbaren Aufgaben und Korrekturanforderungen (Stichwort Aufgabenpool) und b) für alle Abschlüsse, also nicht nur für das Abitur, sondern auch beim Haupt- und Realschulabschluss“

6. zu 2.3: „keine Nivellierung nach unten, Kontrolle der Einhaltung der bundeseinheitlichen Bildungsstandards“

7. zu 4.: „Lehreraus- und -fortbildungsoffensive (Reform der Ausbildung), leistungsgerechte Bezahlung (Neufassung der bisherigen Koppelung der Besoldung ans Lehramt)“

8. zu 5.3: „Wahlfreiheit für die Eltern; jeder soll das Modell - egal ob Ganztagschule, offene Ganztagschule oder Halbtagschule - wählen können, das am besten zu seinem Leben passt.“

9. zu 6.: „Kooperationsverbot grundlegend reformieren“

10. zu 7.3: „Stärken der beruflichen Bildung im dualen System, Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung“

### Bündnis90/Die Grünen

Keine Rückmeldung, deshalb Wiedergabe des der Partei zur Überprüfung zugesandten VDR-Analysebogens – Maßgabe bei Anfrage: VDR-Analyse ist inhaltlich als richtig anzusehen, wenn keine Rückmeldung erfolgt.

### **Die Linke**

Keine zusätzlichen Anmerkungen

### **AfD**

11. zu 1.3.5: „Mehrgliedriges Schulsystem; nach Begabung differenziertes Schulsystem“

12. zu 7.3: „Ablehnung der wissens- und bildungsfeindlichen Kompetenzorientierung“